

1. Umwelt und Naturschutzprobleme

Über die Hälfte der Landfläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Die Intensivierung im Pflanzenbau und in der Tierhaltung zählt heute zu den treibenden Kräften für den Verlust an biologischer Vielfalt.

Mit zunehmender Technisierung wurden die Ackerschläge vergrößert. Landschaftselemente wie Hecken oder Feldsäume, Nassstellen oder Wegeseitenränder wurden vielfach entfernt und sind heute insbesondere in landwirtschaftlichen Gunstregionen selten anzutreffen.

So ist der anhaltende Rückgang der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft besonders gravierend. Die hier vorkommenden Lebensraumtypen sind überwiegend in einem schlechten Erhaltungszustand mit negativem Entwicklungstrend (BfN 2014).

Von den auf Ackerstandorten vorkommenden rund 270 typischen Ackerwildkräutern sind 32 Prozent gefährdet (BfN 2015). Der NBS-Teilindikator „Agrarland“ ist mit einem Zielerreichungsgrad von lediglich 59 Prozent (Stand: 2013) weit vom Ziel entfernt (BMUB 2015b).

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Situation muss für einen Großteil der Ziele aus der nationalen Biodiv-Strategie mit Bezug zur Landwirtschaft festgestellt werden, dass sie bis 2020 voraussichtlich klar verfehlt werden.

Auch die EU-Kommission schaut zunehmend kritisch auf die deutsche Landwirtschaft. Mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik laufen bereits: Wegen zu hoher Nitratwerte im Grundwasser (Nitratrichtlinie), wegen zu hoher Belastung von

Gewässern (Wasserrahmenrichtlinie) und wegen zu großer Ammoniakemissionen (NEC- bzw. NERC-Richtlinie).

Für den BUND ist ganz klar: Eine solche verfehlte Agrarpolitik können wir nicht hinnehmen! Wir werden in Brüssel, in Berlin und auch in Mainz dafür immer wieder den Finger in die Wunde legen. Kritisieren was schief läuft und unsere Veränderungsvorschläge und Forderungen unterbreiten.

Denn leider tut die Politik zu wenig. Statt diesem negativen Trend wirksam entgegenzutreten, führte die letzte Reform der EU-Agrarpolitik dazu, dass sich die Situation weiter verschlechtert.

Ein Großteil der fast 40 Prozent des EU-Haushalts ausmachenden Agrarmittel fördert weiterhin Strukturen, die eine naturschädliche Intensivierung der Landwirtschaft unterstützen.

Enge Fruchtfolgen, fehlende Brachen oder Kleinstrukturen sowie der zunehmende Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln sind nur einige der Gründe, die auf dem Ackerland den dramatischen Artenschwund verursachen.

Hinzu kommen die negativen Auswirkungen aus der Tierhaltung: An zu vielen Orten gibt zu viel Gülle für die Fläche, oft muss sie exportiert werden, bspw. nach RLP.

Die Gülle sickert an vielen Standorten ins Grundwasser. So gelangen Nitrat und Phosphat in Bäche und Flüsse, letztendlich in die Nord- und Ostsee.

Viele Tiere können in den Ställen ihre natürlichen Verhaltensweisen nicht ausleben, ihnen werden Schwänze oder Schnäbel gekürzt. Kühe

kommen nicht mehr auf die Weide, dafür wird Mais für die ganzjährige Fütterung im Stall angebaut.

Das alles kritisieren wir und nutzen unsere Öffentlichkeitsarbeit, um darüber zu informieren: Die Verbände-Plattform, in welcher der BUND aktiv mitarbeitet, hat Anfang April einen neuen Bericht veröffentlicht. Für eine gesellschaftlich unterstützte Landwirtschaftspolitik.¹

30 Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz und Entwicklungspolitik haben in einem gemeinsamen Papier zu einer grundlegenden Kurskorrektur der EU-Agrarpolitik und zu deren nationaler Umsetzung in Deutschland aufgerufen. Wir wollen die Fördergelder der EU wie auch die europäische Marktordnung und das Fachrecht dafür eingesetzt sehen, landwirtschaftlichen Betrieben durch die strikte Berücksichtigung von Umwelt- und Tierschutz neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen.

Nur wenn wir die Probleme gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern angehen, können wir das massive Artensterben im Offenland eindämmen.

Dramatisch sind der anhaltende Schwund in Arten und Individuenzahl bei den Wildbienen. Von den über 550 in Deutschland beheimateten Wildbienenarten sind laut Roter Liste mittlerweile 31 vom Aussterben bedroht, 197 gefährdet und 42 Arten stehen auf der Vorwarnliste.

Auch in anderen europäischen Ländern sieht es nicht besser aus: Erstmals wurden 2015 die europaweite Situation der Wildbienenarten durch die Weltnaturschutzunion untersucht – mit einem alarmierenden Ergebnis. Fast jede zehnte Wildbienenart ist in Europa vom Aussterben bedroht. Weitere 5,2 Prozent stehen kurz davor. Auch die

¹

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft_gesellschaftlich_unterstuetzte_landwirtschaftspolitik.pdf

Bestandstrends sind alarmierend: Bei 7,7 Prozent der Arten gehen die Bestände zurück, 12,6 Prozent sind noch stabil und nur die Bestände von 0,7 Prozent der Arten zeigen eine positive Entwicklung. (Die Bestandsentwicklung der restlichen 79 Prozent ist allerdings unbekannt.)²

Dabei sind Bienen und andere bestäubende Insekten die Grundlage unserer Ernährung, da sie für die Bestäubung vieler Kulturpflanzen im Gartenbau und in der Landwirtschaft unverzichtbar sind. Zwei Drittel unserer Nahrungspflanzungen sind auf bestäubende Insekten angewiesen. Honigbienen und Wildbienen stellen einen großen ökonomischen Wert dar. Ihre Bestäubungsleistung wird jährlich auf 2 bis 2,5 Milliarden Euro in Deutschland und 20 Milliarden Euro³ in Europa geschätzt. Darüber hinaus ist eine ganze Reihe anderer Tiere, wie zum Beispiel einige Schlupf- und Goldwespen, Käfer, Fliegen oder Vögel, auf Wildbienen spezialisiert. Mit den Wildbienen sterben auch sie. Das Bienensterben hat somit negativen Einfluss auf Arten- und Individuenzahlen von Vögeln und Säugetieren und somit auf das gesamte Ökosystem.

Der BUND fordert die Bundesregierung daher auf, einen nationalen Bienenaktionsplan zu entwickeln und zügig umzusetzen. Bienenschutz muss zur ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe werden, die Ziele zum Schutz von Bestäubern müssen in möglichst vielen Bereichen (Umweltschutz, Landwirtschaft, Bildung, Verkehr, Stadtentwicklung, Bauen) verfolgt werden. Am Mittwoch haben wir unseren „nationalen Bienenaktionsplan“ vorgestellt.⁴

² IUCN (2014): European Red List of Bees

³ Gallai, N., Salles, J.-M., Settele, J., Vaissière, B.E. (2009):

Economic valuation of the vulnerability of world agriculture confronted with pollinator decline.

⁴

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/umweltgifte/factsheet_bienenaktionsplan.pdf

Dabei kritisieren wir nicht nur die Landwirtschaft: Auch der Flächenverbrauch ist etwas, das wir immer wieder bemängeln. Rund 66 Hektar werden in Deutschland täglich (!) als Siedlungs- und Verkehrsflächen neu ausgewiesen – eine Fläche so groß wie 94 Fußballfelder.

Das ist deutlich zu viel, denn dieser schleichende Flächenfraß vernichtet wertvolle (Acker-)Böden, zersiedelt ländliche Gebiete und zerschneidet die natürlichen Lebensräume vieler Tier- und Pflanzenarten. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch bis 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag verringern und bis 2050 auf Netto-Null zu senken.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bestehende Brachflächen, Baulücken oder Leerstände besser genutzt werden, umweltschädliche Subventionen (z.B. zur Erschließung von Gewerbegebieten auf der grünen Wiese) abgebaut werden, bestehende Gebäude oder Straßen wenn möglich instand gesetzt anstatt neu gebaut werden, in Verwaltungen übergreifende Organisationsstrukturen entstehen, die effektives Flächenmanagement ermöglichen.

2. Warum sind Bäuerliche Landwirtschaft ein wichtiger Partner für den BUND?

Die beschriebenen Umweltprobleme, die höheren Anforderungen zum Schutz des Klimas, der Biodiversität, der Gewässer bis hin zu den Meeren und des Bodens können wir nur mit der Landwirtschaft lösen. Nicht gegen sie. Darum sieht der BUND in den bäuerlichen Betrieben einen wichtigen Partner für Umwelt und Naturschutzanliegen. Daher freue ich mich, wenn heute auch Bäuerinnen und Bäuern an unserer Versammlung teilnehmen (ggf. LBV-Funktionäre begrüßen!)

Wir müssen bäuerliche Betriebe unterstützen und gegen das Höfesterben kämpfen. Wir können nicht noch mehr aktive landwirtschaftliche Betriebe verlieren, weil damit die Konzentration der Tierhaltung oder die Intensivierung der Flächennutzung, kurz: die Industrialisierung der Landwirtschaft, noch mehr zunimmt und der ländliche Raum verarmt.

Wir müssen den sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft mit den also mit den bestehenden 270 000 Höfen erreichen – es gibt keine anderen, und wir wollen es auch genau mit ihnen machen. Dazu haben die beiden Grünen Robert Habeck und Friedrich Ostendorff kürzlich einen spannenden Aufsatz in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht.⁵

3. Was sind die Strukturprobleme der Betriebe?

Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Besonders die Milchbäuerinnen und Milchbauern stecken in der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit Jahrzehnten. Die Versprechungen von Politik und Wirtschaft, besonders aus den Reihen des Deutschen Bauernverbandes, aber auch aus der Wissenschaft, eine noch stärkere Ausrichtung auf Weltmarktexporte, werde den Betrieben goldene Jahre bescheren, haben sich als falsch erwiesen.

Das ZDF berichtete kürzlich: Aber eine andere Tendenz beunruhigt noch mehr: Es gibt keine Berufsgruppe im Land, in der sich mehr Menschen das Leben nehmen. Nach einer Studie begeht jeden zweiten Tag ein französischer Bauer Selbstmord. Die Hilfsorganisation "Solidarité Paysans" schlägt Alarm. Die Zahl der Hilfsbedürftigen ist dramatisch

⁵ <http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/landwirtschaft-die-wende-auf-dem-land-ist-eine-herausforderung-a-1261870>

gestiegen. Ein Drittel der Bauern verdienen weniger als 300 Euro im Monat.

Immer mehr wird es als Problem wahrgenommen, dass Höfe zumachen, endgültig. Wir haben Dörfer ohne Bauern. Die Kinder der Landwirte, bestens ausgebildete Agrarier, wenden sich ab, suchen ihr Glück lieber woanders. Sie haben es satt, dass die wirtschaftlichen Krisen immer länger und die Hochpreisphasen immer kürzer werden.

Ebenso haben sie es satt, bei all dem auch noch ständig mit den Vorwürfen konfrontiert zu sein, die Umweltfrevler der Nation zu sein, das Tierwohl zu missachten und womöglich auch noch an Armut und Flucht in Ländern Afrikas mitverantwortlich zu sein. Wie soll angesichts solcher gesellschaftlicher Gemütslage jemand mit fröhlicher Zuversicht arbeiten?

Wir wollen den Agrarbetrieben zwischen Flensburg und Bodensee, zwischen der Grenze zu den Niederlanden bis nach Frankfurt/Oder wieder eine Perspektive geben. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die Landwirtschaft. Weg vom Weltmarkt und hin zum Wochenmarkt. Orientierung an regionaler Versorgung, mehr Umweltschutz, mehr Tierwohl und mehr Klimaschutz. Darin liegt aus Sicht des BUND die Zukunft der Landwirtschaft.

Was ist zu tun?

Es gibt sehr viel zu tun. Wir müssen negative Faktoren zurückweisen, sie bekämpfen und abstellen. Wir müssen positive Faktoren behüten, sie unterstützen und fördern. Hier einige Beispiele:

Verbot von für Bestäuber besonders gefährlichen Pestiziden wie **Glyphosat** und Neonikotinoiden: Das Herbizid Glyphosat zerstört Lebensräume, so dass Insekten wie Wildbienen weniger oder keine Nahrung mehr finden. Unter Federführung von Global 2000 und Campact hat der BUND gemeinsam mit zahlreichen die EBI

unterstützenden Organisationen einen „Glyphosat-Report“ am 23. 3 2017 veröffentlicht. Unter dem Titel „Gekaufte Wissenschaft. Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten“ beleuchten die Autoren wie Monsanto und andere Glyphosat-Hersteller die wissenschaftlichen Belege für die Gesundheitsgefahren durch das Pestizid seit Jahren vertuschen. Aktuell haben gut 700.000 Menschen für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen Glyphosat unterzeichnet. Die Aktion läuft noch bis Anfang 2018.

Die Gefährlichkeit von **Neonikotinoiden** für Bienen ist vielfach wissenschaftlich belegt. So schwächen Neonikotinoide zum Beispiel das Immunsystem von Honigbienen, was die Bienen dann anfälliger für Krankheiten und Parasiten wie die Varroa-Milbe macht. Die Bundesregierung muss mit einem nationalen Neonikotinoid-Verbot vorangehen und sich auf EU-Ebene für ein unbefristetes Verbot aller Neonikotinoide einsetzen.

Erhalt aller extensiven Reste der alten **Kulturlandschaft**: Streuobstwiesen, Raine, Brachflächen bzw. noch erhaltene Reste davon bieten wertvollen Lebensraum für seltene und gefährdete Wildbienenarten. Doch solche Flächen fallen immer noch Flurbereinigungen zum Opfer. Der BUND fordert die Reduzierung des allgemeinen Landschafts- und Flächenverbrauches, insbesondere einen Versiegelungsstopp von wertvollen Lebensräumen für Bestäuber.

Schaffung von vielfältigen Strukturen in der Kulturlandschaft: So müssen geeignete und großflächige Lebensräume (extensive Wiesen und Weiden, Randstreifen und Blühflächen mit heimischem Saatgut, Hecken etc.) angelegt werden, in denen Bienen Nahrung und Lebensräume finden. Diese neuen Lebensräume müssen Teil eines Biotopverbundes werden.

Bundesregierung muss die Gemeinsame **EU-Agrarpolitik (GAP)** nutzen, um die bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft in der EU voranzubringen. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die mit der Natur wirtschaftet, statt gegen sie. In Deutschland stehen jährlich Direktzahlungen im Wert von über 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Von diesem Betrag werden 4,5 Prozent in die zweite Säule umgeschichtet (ca. 229 Mio. Euro). Eine Umschichtung bis zu 15 Prozent wäre möglich gewesen. Damit bekommen die Bundesländer die finanzielle Möglichkeit, mehr Gelder für die Umstellung auf Ökolandbau und z.B. für Agrarumweltmaßnahmen bereit zu stellen.

Wir brauchen ab 2020 eine deutliche verbesserte EU-Agrarpolitik. Dafür haben wir gemeinsam mit anderen Umweltverbänden die Initiative #LivingLand ins Leben gerufen und beteiligen uns an der EU-Konsultation von Kommissar Phil Hogan. Über 150.000 Unterschriften konnten bereits eingesammelt werden (EU-weit, BUND-Anteil ca. 11.000 Unterschriften). Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der EU-Agrarhaushalt nach 2020 wegen des Brexit und aufgrund der sinkenden politischen Akzeptanz für eine Sonderstellung der Landwirtschaft deutlich kleiner ausfallen als bisher. Dabei gilt: Je kleiner das künftige Agrarbudget ist, desto größer muss der Anteil zielgenauer, hocheffektiver Fördermaßnahmen und desto anspruchsvoller muss das Ordnungsrecht sein, damit die gleichen Ziele für Umwelt- und Naturschutz erreicht werden können. Breit angelegte, schwach konditionierte und somit eher ineffiziente Zahlungen sind in diesem Fall noch weniger zu rechtfertigen als heute. Bis zum 2.5.2017 kann sich bei unserer Online-Aktion noch beteiligt werden! Zu finden auf www.bund.net

Umbau der Nutztierhaltung: Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung hat im März 2015 in seinem Nutztiergutachten sehr gut beschrieben, was umgebaut werden müsste und wie das finanziert

werden kann. Agrarminister Schmidt hat das Gutachten in den Schrank gestellt und nichts getan. Darum fordern wir wie viele andere auch, eine „nationale Nutztierstrategie“ zu erarbeiten und die Vorschläge des Beirates endlich umzusetzen. Das kostet ca. 3-5 Mrd. Euro pro Jahr. Die Nutztierhaltung muss grundlegend umgebaut werden. Weg von der nicht tiergerechten Intensivtierhaltung und hin zu tiergerechten Haltungsverfahren, wie Weidetierhaltung, Öko-Tierhaltung und NEULAND. Tierhaltung ist wieder an die Fläche zu binden. Der Stall muss an die Tiere angepasst werden statt die Tiere dem Stall anzupassen! Dadurch verringern sich die Notwendigkeit der Antibiotikabehandlung und die Nitratbelastung. Für den Menschen notwendige Reserveantibiotika müssen für die Nutztierhaltung verboten werden. Ebenso Eingriffe wie das Kürzen von Hühner-Schnäbeln oder das Kupieren von Ferkel-Schwänzen. Eine nationale Nutztierstrategie ist zu erarbeiten, die das Nutztiergutachten des wissenschaftlichen Beirates des BMEL mit konkreten Zeitetappen und Finanzierungsfestlegungen untermauert. Die Zukunft muss einer tierschutzgerechten, flächengebundenen Tierhaltung, die Grünland nutzt und deutliche Verbesserungen im Bereich des Tierschutzes aufweist, gehören. Nicht-kurative Eingriffe, wie das Kürzen von Geflügel-Schnäbeln oder das Kupieren von Ferkel-Schwänzen, sind zu beenden. Die Tierzucht muss sich dringend stärker am Tierwohl ausrichten.

Ausbau des Ökolandbaus: Aktuell werden 7,1% der Bundesrepublik ökologisch bewirtschaftet. Wir fordern einen deutlichen, finanziell unterlegten Ausbauplan, um das offizielle Ziel der Bundesregierung von 20% Ökolandbau bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Und auf den anderen 80% muss es ebenfalls umweltfreundlicher und tiergerechter zugehen. Auch dort muss es eine „Ökologisierung“ geben. Hinweis: Auch im

Ökolandbau gibt es zunehmend Industrialisierungseffekte. Bspw. 30.000 Legehennen. Daher sprechen wir uns für bäuerliche Bio-Betriebe aus. Das Bundesprogramm Ökolandbau ist auf 60 Millionen Euro aufzustocken. Darüber hinaus sind die Agrarforschungsmittel für eine ökologische Landnutzung entsprechend dem realen Prozentsatz der ökologisch bewirtschafteten Fläche zu reservieren

Ernährungswende: Im „Kursbuch Agrarwende 2050“ hat das Forschungsinstitut für den biologischen Landbau (FiBL, im Auftrag von Greenpeace) sehr interessante Ernährungs-Szenarien durchgerechnet. Klar ist: Eine Agrarwende wird nur mit einer Ernährungswende gelingen. Besonders wichtig ist dabei der künftige Umfang der Produktion an Fleisch und Milch, da die Nutztierhaltung viele Ackerflächen und andere Ressourcen beansprucht. Will man auf den Import von Futtermitteln verzichten, insbesondere auf Eiweißfuttermittel aus Übersee, kann die heute praktizierte, zunehmend exportorientierte Tierproduktion so nicht weiter betrieben werden. Wir müssen weniger tierische und mehr pflanzliche Kalorien verbrauchen. Und die Lebensmittelverluste sind massiv zu reduzieren.

Wir fordern klare **Kennzeichnungen:** Lebensmittel müssen verbindlich und eindeutig gekennzeichnet werden, um Verbraucher*innen eine umweltfreundliche und tiergerechte Entscheidungsmöglichkeit einzuräumen. Dazu ist ein verbindliches, staatliches Tierwohl-Label für alle tierischen Lebensmittel einzuführen und Milch, Eier, Fleisch & Co. sind klar zu kennzeichnen, wenn bei ihrer Herstellung Gentechnik im Futtertrog war. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene dafür

einsetzen, dass Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, der Kennzeichnungspflicht unterliegen.

Keine **Gentechnik** durch die Hintertür: Mit Hilfe „Neuer Gentechniken“ erzeugte Pflanzen und Tiere müssen dem Gentechnikrecht unterliegen. Das heißt, sie müssen ein Zulassungsverfahren durchlaufen und sind einer umfassenden Risikoprüfung zu unterziehen. Sie müssen gekennzeichnet werden und ihre Rückverfolgbarkeit und mögliche Entfernung aus der Umwelt und der Lebensmittelkette muss gewährleistet sein. Bei Freisetzung und Anbau sind solcherart erzeugte Pflanzen im öffentlich zugänglichen Standortregister zu erfassen.

Überdüngung beenden: Die massive Gefährdung der Gewässer durch Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft ist zu stoppen. Ansonsten sind weder die Ziele der EU-Nitrat-Richtlinie noch der EU-Wasserrahmenrichtlinie oder der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie einzuhalten. Das Düngegesetz und die Düngeverordnung wurden kürzlich novelliert. Wir werden sehr genau darauf achten, ob sie dazu beitragen, die Überdüngung zu beenden. Wir zweifeln es jedoch sehr an und fordern die EU-Kommission auf, ihre Klage nicht zurück zu ziehen.

Abschluss: Für die sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft braucht es ein neues Miteinander und ein gemeinsames Vorgehen der Bauernhöfe, ob ökologisch oder konventionell bewirtschaftet, mit Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbänden, mit Konsument*innen und Molkereien.

Deutschland kann Vorreiter dieser Transformation zu einer ökologischen, tiergerechten und sozialen Lebensmittelerzeugung sein, wenn jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Dafür braucht es Mut. Die Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern ist bereit, die sozial-ökologische Agrarwende mit zu gestalten. Sie tun dies, wenn die politischen Rahmenbedingungen ernsthaft und konsequent umgestaltet werden und sich ihr Einsatz für Tier-, Arten- und Gewässerschutz auch in den Erzeugerpreisen widerspiegelt. Zu tun gibt es genug.